

PRESSEERKLÄRUNG

MEHR ALS 250.000 MENSCHEN FORDERN BELARUS AUF, HINRICHTUNGEN EINZUSTELLEN

LONDON, 09.12.2011 - Amnesty International, die belarussische Menschenrechtsorganisation Viasna und das belarussische Helsinkikomitee wurden heute abgewiesen, als sie eine globale Petition an den belarussischen Präsidenten Alyaksandr Lukashenka übergeben wollten, die ein Ende der Hinrichtungen in Belarus fordert.

Die Mitglieder von Amnesty und den belarussischen Organisationen haben über 250.000 Unterschriften aus allen Teilen der Welt gesammelt. Die Petition, welche als lokale Initiative begann, wurde zu einem der Schwerpunkte der Kampagne gegen die Todesstrafe, die Amnesty International zu seinem 50. Geburtstag durchführte.

„Diese Petition sendet ein starkes Signal an den belarussischen Präsidenten, dass Menschen aus aller Welt ein Ende der Hinrichtungen in Belarus sehen wollen“, sagte John Dalhuisen, stellvertretender Direktor des Programms für Europa und Zentralasien bei Amnesty International.

Er ergänzte: „Da Belarus das letzte Land in Europa und der ehemaligen Sowjetunion ist, das noch immer die Todesstrafe vollstreckt, hoffen wir, dass die belarussischen Behörden positiv auf diesen öffentlichen, weltweiten Aufruf reagieren.“

Der Dramatiker Tom Stoppard unterschrieb die Petition als 100.000. Unterzeichner und die Schauspielerin und Menschenrechtsaktivistin Vanessa Redgrave gab die abschließende Unterschrift.

Der Versuch, die Petition zu übergeben, geschah nur wenige Tage nachdem zwei Männer in Belarus in einem Aufsehen erregenden Verfahren zum Tode verurteilt wurden, in dem nach Meinung von Amnesty International die internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren nicht eingehalten worden sind. Dzmitry Kanavalau und Uladzslau Kavalyou wurden für schuldig befunden, eine Serie von Bombenattentaten in Belarus durchgeführt zu haben, zuletzt in einer Minsker U-Bahnstation, bei dem 15 Menschen starben und 200 verletzt wurden.

Sie wurden am 30. November 2011 vom obersten Gerichtshof verurteilt. Dies bedeutet, dass ihnen kein weiterer Rechtsschutz zusteht außer dem Gnadengesuch an den Präsidenten. Auch dies verletzt internationale Gesetze. Wenn das Gnadengesuch abgelehnt wird, können sie nur wenige Minuten, nachdem sie darüber informiert wurden, erschossen werden.

Die Geschwindigkeit, mit der Dzmitry Kanavalau und Uladzslau Kavalyou festgenommen wurden, hatte Skepsis in Bezug auf die Ermittlungen hervorgerufen. Es gibt Anschuldigungen, dass die beiden Angeklagten gefoltert und misshandelt wurden, damit sie gestehen und es gibt keine forensischen Beweise, die sie mit der Explosion in Verbindung bringen. Außerdem wurden bei keinem Spuren von Sprengstoff gefunden.

Nach der Verurteilung sagte die Mutter von Uladzslau, Lyubov Kavalyou, den Medien: „Diese Verurteilung erfolgte nicht aufgrund von Beweismaterial. Mein Sohn ist nicht schuldig. Er hatte sich nicht an diesem Terroranschlag beteiligt ... er ist kein Krimineller.“

Auf einer Pressekonferenz, die heute stattgefunden hat, sagte Lyubov Kavalyou, dass ihr Sohn, als sie ihn vor einer Woche das letzte Mal sah, sichtbare Wunden an seinen Handgelenken hatte. Er ist durchgehend mit Handschellen ans Bett gefesselt, mit einer Hand während des Tages und mit beiden während der Nacht.

In Belarus wurden Dzmitry Kanavalau und Uladzslau Kavalyou in einem vorher nicht da gewesenen Ausmaß öffentlich unterstützt. Eine Petition gegen ihre erwartete Hinrichtung wurde von über 50.000 Menschen unterschrieben und weitere Petitionen sind auf dem Weg.

„Die heutige Übergabe unserer Petition vereint belarussische und internationale Stimmen zu einer klaren Botschaft an den Präsidenten, diese barbarische Praxis jetzt zu beenden“, so John Dalhuisen.

Unterschriften wurden in folgenden Ländern gesammelt: Belgien, Bermuda, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada (französischsprachiger Teil), Luxemburg, Malaysia, Moldau, Mongolei, Niederlande, Österreich, Paraguay, Polen, Portugal, Puerto Rico, Schweden, Schweiz, Slowenien, Spanien, Togo, Tschechien, Ukraine und Ungarn. Die Petition wird nun per Post an den Präsidenten geschickt werden.

Weitere Informationen zur Todesstrafe in Belarus finden Sie unter:
<http://www.amnesty-2349.de/Main/Informieren-Todesstrafe>

